

Prämienverbilligung

Jungfreisinnige Speerspitze gegen die teure SP-Initiative

Am 21. Mai kommt die kantonale Initiative der SP zur Prämienverbilligung zur Abstimmung. Während die Initianten «bezahlbare Krankenkassenprämien für alle» versprechen, spricht das eben formierte Gegnerkomitee von einem «Krankenkassen-Schwindel». Warum? Der Regierungsrat beziffert die Mehrkosten bei einer Annahme der Initiative auf 70 Millionen. Der Kanton kämpft aber gegen riesige Defizite. Er könnte sich diese Ausgaben schlicht nicht leisten, sie müssten durch Steuererhöhungen finanziert werden. Und damit komme die Initiative einem regelrechten Schwindel an der Bevölkerung gleich, so das Nein-Komitee.

Es ist eine breite bürgerliche Allianz, die sich gegen die Prämienverbilligungsinitiative formiert hat. Im Co-Präsidium des Nein-Komitees sitzen unter anderen die Präsidenten von SVP, FDP und CVP sowie von **Handelskammer** und Gewerbeverband. Was bei der prominenten Bestückung auffällt: Angeführt wird die bürgerliche Allianz von den Jungfreisinnigen, denen man den

Kampagnenlead für die Abstimmung übertragen hat. Dass eine Jungpartei die Federführung in einem Abstimmungskampf übernimmt, ist eher ungewöhnlich, zumal mit einer drohenden Mehrbelastung der Staatskasse im Umfang von 70 Millionen doch einiges auf dem Spiel steht. Oder hält man im bürgerlichen Lager die Initiative gerade deswegen für so chancenlos, dass man sie getrost einer Juniorenabteilung als Übungsobjekt überlassen kann? CVP-Präsidentin Marianne Binder widerspricht: Es sei ein Zeichen der Wertschätzung, «wir trauen den Jungparteien genauso viel zu wie uns selber». Und darum habe man kein Problem, dass die FDP, die mit der Kampagnenleitung an der Reihe war, diese Aufgabe ihrer Jungpartei überlassen hat.

Inhaltlich verweist das Gegner-Komitee auf das neue kantonale Gesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung: Es stelle sicher, dass die Mittel für die Prämienverbilligung denen zugutekommen, die effektiv darauf angewiesen sind. (MOU)